

Tiroler Tageszeitung

Grüne wollen ökologischen Fußabdruck hinterlassen

Wien - Die Grünen wollen sich bei ihrem Bundeskongress am Samstag und Sonntag in Graz verstecken um die Ökologisierung der Gesellschaft kümmern. Vorgestellt wird dabei unter anderem die Forderung nach einem CO₂-Fußabdruck bzw. Klima-Rucksack, mit dem angegeben werden soll, wie viele Treibhausgasemissionen von einem Produkt über den gesamten Lebenszyklus verursacht werden. Bundessprecherin Eva Glawischnig wünscht sich eine derartige Kennzeichnung EU-weit und verpflichtend ab 2011. Dies würde auch die heimische Wirtschaft stärken.

Mit dem CO₂-Fußabdruck werde sichtbar gemacht, wie klimaschädlich ein Produkt ist. Ein Kilogramm Freiland-Erdbeeren aus Österreich verursache beispielsweise 358 Gramm CO₂, dieselbe Menge aus dem Glashaus über sechs Kilogramm.

Glawischnig ist überzeugt, dass die Konsumenten solche Informationen interessieren.

In einem zweiten Schritt könne man diskutieren, ob man den Klima-Rucksack auch in Form von Besteuerung sichtbar macht, also etwa importierte Produkte mit einer höheren Mehrwertsteuer belegt. Wirken würde dies wie eine Art „Einfuhrzoll“, meinte Glawischnig. Die heimische Wirtschaft würde so durch Marktvorteile gestärkt, regionale Produkte würden billiger und „der Knoblauch aus China“ (als Beispiel) würde sich wirtschaftlich nicht mehr rechnen, argumentiert die Politikerin. Das Modell, das am Bundeskongress als „Zukunftsthese“ präsentiert wird, sei eine Möglichkeit, die Wirtschaft insgesamt umweltorientierter zu gestalten, sie zu regionalisieren und die Transportwirtschaft „wieder in den Griff zu kriegen“.

Die Idee der Grünen wird von der SPÖ positiv aufgenommen - zumindest was die Kennzeichnung betrifft. Skeptisch ist SP-Umweltsprecherin **Petra Bayr** bezüglich einer höheren Steuer auf Produkte aus dem Ausland. „Grundsätzlich ja“ hieß es auch aus dem Büro von Umweltminister Niki Berlakovich (VP) - man betonte allerdings auch, dass es eine internationale Regelung bräuchte, denn es wäre sinnlos, die Produkte nur in Österreich zu kennzeichnen.

Für die FPÖ greift der Vorschlag zu kurz, das BZÖ kann sich nur eine freiwillige Kennzeichnung der Produkte vorstellen. (TT, APA)